

„Vorstoß zum Sozialismus“?

Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Pläne der SPD im Sommer 1932

Autor Reiner Zilkenat

Wir schreiben den 14. August 1932: Die Leserinnen und Leser der sozialdemokratischen Tageszeitung „Vorwärts“ reiben sich ungläubig ihre Augen. Werden sie das Opfer einer plumpen Fälschung?

Die Reichstagsfraktion der SPD, so kann man es auf der Titelseite lesen, hat für die nächste Sitzung des Parlamentes am 30. August eine Reihe von Anträgen vorbereitet, die eine Verstaatlichung des Großgrundbesitzes, der Montan-, Chemie- und Zementindustrie, der Versicherungen, der Elektrizitätsversorgung und – namentlich genannt – der Dresdner Bank, der Commerzbank und der Deutschen Bank beabsichtigen.

Mehr noch: Die planmäßige Organisation der Volkswirtschaft durch eine eigens zu schaffende „Planstelle“ sei vonnöten. Die Arbeitsbeschaffung durch staatliche Kreditaufnahme in Höhe einer Milliarde Reichsmark, die kostenlose Abgabe von Kartoffeln, Fleisch und Kohle an die immer zahlreicher werdende Schicht verelendeter Existenzen werde angestrebt.

Der enteignete Großgrundbesitz solle an Kleinbauern, Landarbeiter und genossenschaftlich arbeitende Landwirte aufgeteilt werden. Im Übrigen seien die Neubaumieten zu senken, Mietbeihilfen für Rentner und Arbeitslose müssten zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung all dessen sei durch die Kreditschöpfung des Reiches, besonders aber durch Zwangsanleihen und „Notabgaben“ auf hohe Einkommen und Vermögen zu realisieren. Ihren Beitrag hätten auch die ehemals regierenden Fürstenhäuser zu leisten: Ihre Schlösser, Liegenschaften und Kunstsammlungen müssten unverzüglich enteignet und zugunsten der Kriegsoffer verwendet werden.

Dieses sozialrevolutionär klingende Programm ist von niemandem erwartet worden. Am wenigsten von den Mitgliedern der SPD selbst. Es stellt sich die Frage: Warum hier und jetzt die Propagierung dieser Forderungen?

Sozialdemokratie in der Defensive

Am 20. Juli 1932 hatte das erzreaktionäre „Kabinett der Barone“ unter Reichskanzler Franz von Papen die sozialdemokratische Regierung in Preußen aus dem Amt gejagt. Keine zwei Wochen später musste die SPD bei den Reichstagswahlen am 31. Juli eine schwerwiegende Niederlage einstecken: sie verlor im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen im September 1930 knapp 620.000 Stimmen und büßte 10 Mandate ein, während die NSDAP zur stärksten Partei avancierte.

Das Kabinett Papen, das ohne jede parlamentarische Erdung den Prozess der Faschisierung immer weiter vorantrieb, bemühte sich zugleich, die NSDAP auf irgendeine Weise an der Regierungsmacht zu beteiligen. Für die Sozialdemokratie schienen die Zeiten politischer Einflusslosigkeit und wachsender Entfremdung von ihrer Basis angebrochen zu sein. Im Sommer 1932 ist ein Punkt erreicht worden, an dem ein „Befreiungsschlag“ dringend vonnöten ist, um aus der politischen Defensive herauszukommen. Die Rezepturen hierzu lauten „Umbau der Wirtschaft“ und: „Vorstoß zum Sozialismus“, wie es der Vorsitzende der Holzarbeitergewerkschaft Fritz Tarnow am 21. August 1932 im „Vorwärts“ formuliert.

Fritz Tarnow propagiert den Sozialismus

Tarnow hebt in seinem „Vorwärts“-Artikel hervor, dass es sich bei der Kaskade sozialdemokratischer Anträge im Reichstag nicht „um die Befriedigung eines bloßen Agitationsbedürfnisses handle.“ Vor allem: „Die Anträge dürfen auch keineswegs als die Plakatierung von Fernzielen angesehen werden.“ Scheinbar wird der Übergang zum Sozialismus als Tagesaufgabe deklariert.

In gleicher Weise argumentieren der Parteivorsitzende Otto Wels und der Reichstagspräsident Paul Löbe. Sie suggerieren, dass es an der Zeit sei, „den grundsätzlichen Umbau von der kapitalistischen Anarchie zur Planwirtschaft vorwärts“ zu

treiben. Es ginge um nicht weniger als den „sozialistischen Aufbau“, so lesen wir es in großen Lettern auf der Titelseite des „Vorwärts“ am 20. August 1932.

Bei allen Autoren, die sich zum „Umbau der Wirtschaft“ zu Wort melden, fällt auf, dass sie zur Verwirklichung ihrer Forderungen ausschließlich parlamentarische Mittel – und etwas später – die Durchführung eines Volksentscheides einsetzen wollen. Konkrete Maßnahmen des außerparlamentarischen Kampfes, z.B. politische Streiks, sind nicht vorgesehen. Welche Glaubwürdigkeit können derartige Konzepte beanspruchen, angesichts der jahrelangen „Tolerierung“ des Brüning'schen Sozial- und Demokratieabbaus, angesichts des Zurückweichens am 20. Juli 1932 und im Lichte der Weigerung, gemeinsam mit der KPD gegen die Faschisten und ihre Steigbügelhalter im „Kabinett der Barone“ vorzugehen?

Die Haltung des ADGB und seine Kontakte zur NSDAP

Problematisch ist die Haltung von führenden Funktionären des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum „Umbau“-Programm der SPD. Denn ohne die Gewerkschaften und ihre Millionen parteiloser Mitglieder ist die Realisierung derartiger Konzepte – sollten sie ernst gemeint sein – von vornherein chancenlos.

Der ADGB hat seinerseits auf einem „Krisenkongress“ ein Programm verabschiedet, das nach seinen geistigen Urhebern Wladimir Woytinski, Fritz Tarnow und Fritz Baade „WTB-Plan“ genannt wird. Im Gegensatz zum „Umbau“-Programm der SPD wird hier im Wesentlichen die Durchführung einer antizyklischen Wirtschaftspolitik von der Reichsregierung gefordert, die mit Hilfe von kreditfinanzierten

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, auch durch einen Freiwilligen Arbeitsdienst, Infrastrukturmodernisierungen und Meliorationen in Gang bringen und so die Massenarbeitslosigkeit wirksam bekämpfen und die Massenkauftkraft heben soll.

Diese Konzepte sind jedoch systemimmanent und bieten im Gegensatz zum „Umbau“-Programm der SPD keinerlei sozialistische Perspektive an. Ohnehin scheinen einige führende Gewerkschaftsfunktionäre auf Distanz zur SPD zu gehen. Sie spielen in wachsendem Maße mit dem Gedanken, die „nationale Karte“ zu spielen.

Streng vertraulich kommt es im Sommer 1932 zu ersten Gesprächen zwischen Repräsentanten des ADGB und der faschistischen Partei.

Am 26. August empfängt der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart Hermann Cordemann, der das Berliner Büro der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP leitet, zu einem langen Gespräch. Cordemann unterstreicht, dass die faschistische Partei zwar „auf dem Boden des Privateigentums“ stehe, aber die Unternehmer dürften „dieses Eigentum nur zum Wohle der Gesamtheit verwalten“. Am Ende versichert Leipart dem Abgesandten der Nazis, er wäre durchaus bereit, mit Gregor Strasser zu reden, dem Reichsorganisationsleiter der faschistischen Partei. Strasser hatte in einer vielbeachteten Reichstagsrede am 10. Mai 1932 davon gesprochen, dass 95 Prozent aller Deutschen von einer „großen antikapitalistischen Sehnsucht“ erfüllt seien und zugleich das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB in den höchsten Tönen gelobt.

Erich Lübbert, Generaldirektor einer mittelständischen Tiefbaufirma, Mitglied des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller, hatte zwei Tage zuvor mit den Sekretären des Bundesvorstandes Wilhelm Eggert und Hermann Schlimme sowie mit Lothar Erdmann konferiert, dem Redakteur der theoretischen Zeitschrift der Gewerkschaften, „Die Arbeit“. Lübbert bemüht sich, die angeblichen Gemeinsamkeiten zwischen den Gewerkschaften und der NSDAP herauszuarbeiten, die er als „die positiven politischen Kräfte“ in Deutschland bezeichnet. Es ginge darum, dass „beider Bestrebungen der gemeinsamen Idee der Nation unterzuordnen“ seien. Wichtig sei vor allem, die Arbeitsdienstpflicht einzuführen und dadurch die jungen Leute bis zum 22. Lebensjahr vom Arbeitsmarkt fern zu halten.

Am Rande bemerkt: Lübbert unterzeichnet wenige Monate später die Industrielleneingabe an Hindenburg, die den Reichspräsidenten ersucht, Hitler zum Reichskanzler zu berufen.

Zwar widersprechen die gewerkschaftlichen Gesprächspartner den Auffassungen der Herren Cordemann und Lübbert; aber allein die Tatsache, dass sie überhaupt und in einem Augenblick stattfinden, in dem die sozialdemokratische Partei mit publizistischer

Unterstützung von leitenden ADGB-Funktionären wie Fritz Tarnow einen sozialistisch anmutenden „Umbau der Wirtschaft“ fordert, lässt Zweifel am Willen zur Realisierung dieses Programms entstehen. Im Übrigen: Weshalb die Geheimniskrämerei, um diese Gespräche gegenüber der Öffentlichkeit, vor allem den eigenen Mitgliedern, zu verheimlichen?

„Umbau“-Programm bleibt Episode

Insgesamt sind die Voraussetzungen für die Realisierung des „Umbaus der Wirtschaft“ alles andere als günstig. *Erstens* können Tendenzen einer Distanzierung der Gewerkschaften von der SPD und ihr Einschwenken auf nationalistische Stimmungen (z.B. „Wehrhaftigkeit“, Arbeitsdienstpflicht, „national“ definierter Sozialismus) nicht übersehen werden. *Zweitens* existiert kein überzeugendes Konzept für die Umsetzung des „Umbau“-Programms. Besonders von der Notwendigkeit außerparlamentarischer Kämpfe ist nirgendwo die Rede. *Drittens* wäre spätestens nach der kampflosen Preisgabe der sozialdemokratischen „Bastion“ Preußen am 20. Juli 1932 eine vollständige Änderung der politischen Strategie der SPD vonnöten, um die Glaubwürdigkeit des „Umbau“-Programms zu untermauern. Sie zeigt sich jedoch außerstande, über ihren Schatten zu springen.

So blieb die Konzeption vom „Umbau der Wirtschaft“ nicht mehr als eine Episode in der Theorie und Praxis des hilflosen Antifaschismus der Sozialdemokratie am Ende der Weimarer Republik.